

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Telegraphischer Sonderdienst der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

Zum Besuch des Prinzregentenpaares in der Reichshauptstadt.

Im Rathaus.

Berlin, 7. März. Zum Besuche des Prinzregenten von Bayern im Rathaus versammelten sich die Mitglieder der Gemeindegewerkschaften, Ehrenbürger und Stadtväter, sowie die übrigen geladenen Gäste im Festsaal. Der Prinzregent wurde am Hauptportal des Rathauses von den Bürgermeistern und dem Vorsitz der Stadtväterversammlung erwartet, in den Festsaal geführt und namens der Stadt von dem Oberbürgermeister Dr. Wermuth begrüßt. (Vgl. Abendblatt.)

In seiner Erwiderrrede sprach der Regent weiter von dem Verhältnis der Städte zum Lande. Er betonte, wie sehr er stets für die Interessen von Handel und Industrie gesorgt habe, wie er aber auch immer dafür eingetreten sei, daß hinter diesen die Landwirtschaft nicht zurückgedrängt werden dürfe, denn gerade aus der Landwirtschaft erwachsen den Städten immer neue Kräfte. Zum Schluß dankte der Prinzregent nochmals für den schönen Empfang, den ihm die Bevölkerung gestern auf den Straßen und die Vertretung der Stadt heute hier bereitet haben. Er schloß mit einem Hoch auf die Stadt Berlin unter dem Beifall der Anwesenden.

Der Prinzregent nahm sodann aus der Hand der Tochter des Oberbürgermeisters einen Ehrentrunk entgegen. Er trug sich hierauf in das Goldene Buch der Stadt ein und nahm schließlich die übrigen Räume des Rathauses in Augenschein. Musikalische Darbietungen begleiteten den Empfang.

In Adlershof und Johannisthal.

Johannisthal, 7. März. Prinzregent Ludwig von Bayern mit Gemahlin und Ehrenbesuch erschienen um 3 Uhr Nachmittags in Adlershof und besichtigte dort die deutsche Versuchsanstalt für Luftschiffahrt. Nach 3 1/2 Uhr erschien der Prinzregent auf dem Flugplatz Johannisthal, wo eine Reihe von Flugzeugen in Tätigkeit war. Der Prinzregent besichtigte zahlreiche Flugmaschinen und betrat die Marineluftschiffhalle, wo er das Marineluftschiff „L. 1“ besichtigte. Der Prinzregent verließ um 5 Uhr den Flugplatz und kehrte im Automobil nach dem königlichen Schloß zurück.

Galatafel im Weißen Saale.

Rede des Kaisers und des Prinzregenten.

Berlin, 7. März. Bei der Galatafel zu Ehren des Prinzregenten und der Prinzessin von Bayern, die Abends im Weißen Saale des Schlosses stattfand, brachte der Kaiser einen Trinkspruch aus, worin er zunächst des vereinigten Prinzregentenpaars würdevoll gedenkte, der ein herrliches Vorbild der Vereinigung aller ritterlichen Tugenden dem Kaiser wie seinen in Gott ruhenden Vorfahren unüberbrückliche Freundschaft gehalten habe. Dann fuhr der Kaiser fort:

Mit mir begrüßt meine Haupt- und Residenzstadt, begrüßt mein ganzes Volk den Prinzregenten des schönen Bayernlandes als hochwillkommenen Gast; denn außer herzlichen persönlichen Beziehungen verknüpfen uns und unsere Länder die starken Bande deutscher Einheit und Einigkeit, die einst in heißem Ringen geschmiedet wurden. Danach dürfen wir zurückgehen auf die langen Jahre, in denen es deutschen Fürsten gegeben war, das damals Errungene in friedlicher Entwicklung zu fördern und zu pflegen. Der Hausritterorden vom heiligen Hubertus trägt die Devise „In Treue fest“. Wäge dieser Wahlpruch ein Symbol sein und bleiben für das Zusammenstehen der Häuser Wittelsbach und Hohenzollern für alle Zeiten.

Der Prinzregent erwiderte: „Eure Majestät dürfen gewiß sein, daß ich die von meinen Vorgängern in der Regierung Bayerns dem Deutschen Reiche erwiesene Treue stets bewahren werde. Ich betrachte es als meine heilige Pflicht, im engsten Zusammenstehen mit Eurer Majestät und den übrigen deutschen Fürsten, an den hohen Aufgaben der Entwicklung des Reiches in guten und bösen Tagen mitzuwirken.“

Der Ordenssegen.

Berlin, 7. März. Prinzregent Ludwig von Bayern stattete heute Vormittag dem Reichskanzler einen Besuch ab und überreichte ihm sein Porträt in einem kostbaren Rahmen mit seinen Initialen und dem bayerischen Wappen. Diefelbe Auszeichnung erhielt der Chef des kaiserlichen Hauptquartiers, Generaloberst Generaladjutant v. Blesien. Außerdem verließ der Prinzregent den Prinzen Eitel Friedrich, Adalbert, August Wilhelm, Oskar und Joachim den bayerischen Orden, dem Chef des Militärkabinetts, General der Infanterie Herrn v. Lynder das Großkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone. Ferner erhielten das Großkreuz des Verdienstordens vom Heiligen Michael der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow, Generalintendant der kaiserlichen Schauspiele Graf Hülsen-Haeseler, Hausmarschall Freiherr von Lynder, der Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts v. Valentini, Oberhallmeister Herr v. Reichach und Vizeoberzeremonienmeister Graf v. Kanitz. Den Verdienstorden vom Heiligen Michael erster Klasse erhielten der preussische Gesandte in München v. Treutler, Vizeoberhallmeister Herr v. Siebeck und Vizeoberzeremonienmeister v. Röder, das Großkommandeur des Verdienstordens der bayerischen Krone Unterstaatssekretär Zimmermann. Dann erhielten den Verdienstorden vom Heiligen Michael zweiter Klasse mit dem Stern Unterstaatssekretär Wahnjaaffe und die Vortragenden Räte im Auswärtigen Amt, Grafen v. Stumm, Graf Wedel und Hofmarschall Graf Platen, den Verdienstorden vom Heiligen Michael zweiter Klasse der Kabinettschef der Kaiserin, Herr v. Spitzemberg, und Polizeipräsident v. Jagow, das Ehrenkreuz des Verdienstordens vom Heiligen Michael Polizeioberst und Kommandeur der Schutzmannschaft Herr v. Hört und der Verwaltungsdirektor bei der Generalintendant, Geh. Regierungsrat Winter, den Verdienstorden vom Heiligen Michael zweiter Klasse Prof. Dr. Seidel, Dirigent der Kunstausstellungen in den kaiserlichen Schlössern. Der Prinzregent von Bayern verließ ferner dem Generaloberst und Gouverneur von Berlin v. Kessel und dem Oberstammer Fürsten zu Solmsruh den Hubertusorden, dem Kommandeur des zweiten schlesischen Infanterieregiments Nr. 47, Oberst v. Kronhelm das Ehrenkreuz des Verdienstordens vom Heiligen Michael und Major v. Lettow-Vorbeck, Kommandeur des zweiten Seebataillons, den Verdienstorden vom Heiligen Michael dritter Klasse. Außerdem verließ der Regent noch an sämtliche diensthabenden Offiziere der Ehrenkompanie und der Ehrenstorte, sowie an zahlreiche Hof-, Staats- und Polizeibeamte Dekorationen.

Die Deckung der Meeresforderungen.

V. Berlin, 7. März. (Originaltelegramm.) In den Berechnungen, die jetzt über die Deckung der fortlaufenden Ausgaben angestellt werden, spielt eine große Rolle die allgemeine Besitzsteuer, Reichsvermögens- oder Erbschaftsteuer, von der man in der Tat annehmen darf, daß sie sich bereits in der einen oder anderen Form im Reichsschatzamt in der Ausarbeitung befindet. Es scheint nötig, daran zu erinnern, daß die Besitzsteuer, wie sie im vorigen Jahre durch den Antrag Bassermann-Erzberger vom Bundesrat verlangt wurde, zur Kostendeckung der alten Militärvorlage von 1911 dienen sollte. Soll sie jetzt, wie das in fast allen bisherigen Veröffentlichungen ohne weiteres angenommen wird, zur Deckung der neuen Militärvorlage herangezogen werden, so muß doch die Frage angezwungen werden, wie man sich dann die Deckung der früheren Bewilligung denkt.

v. Köln, 7. März. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus München: Von der bevorstehenden einmaligen Vermögensabgabe bleiben die in Deutschland wohnenden Ausländer ausgeschlossen.

Reichskanzler und Parteiführer.

V. Berlin, 7. März. (Originaltelegramm.) Die heutigen Besprechungen, die der Reichskanzler mit den Führern der bürgerlichen Parteien im Reichstage abhielt, dauerten wohl zwei Stunden, von 3 bis 5 Uhr Nachmittags. Es nahmen daran teil, soweit wir feststellen konnten: Die Abgeordneten Dr. Müller-Meinungen und v. Payer von der Fortschrittlichen Volkspartei, Spahn und Gröber vom Zentrum, Bassermann und Prinz Schönaich-Carolath von den Nationalliberalen, v. Seydewitz, Graf Kanitz und Graf Westarp von den Konservativen, Herr v. Camp von der Reichspartei und endlich die Abgeordneten Herzog und Behrendt von der Wirtschaftlichen Vereinigung. Der Reichskanzler machte ausführliche Mitteilungen über die Wehrvorlage, wie über die geplante Deckung, die vom Kriegsminister ergänzt wurden. Im übrigen wird über den Inhalt und das Ergebnis der Beratungen strengstens Stillschweigen bewahrt, so daß sich die Teilnehmer sogar verpflichtet machten, ihren Fraktionen keine Mitteilungen über den Inhalt der Vorlagen zu machen. Nur die Vorstände der Fraktionen dürfen unter allen möglichen Kautelen in das Geheimnis eingeweiht werden.

Die Finanzministerkonferenz.

Bayerns Stellung zur Vermögensabgabe.

v. Köln, 7. März. Ueber die Konferenz der Finanzminister läßt sich die „Köln. Ztg.“ aus München melden:

Die einzelstaatlichen Finanzminister treten am Montag Nachmittags 2 Uhr in Berlin zusammen zur weiteren Beratung der Deckung der bevorstehenden Wehrvorlagen. Manche in der Presse verbreiteten Nachrichten sind unrichtig, beispielsweise die Nachricht, Bayern wolle eine Kautionssteuer der ausländischen Wertpapiere vorschlagen. Dem Plan einer einmaligen Abgabe vom Vermögen steht Bayern mit rückhaltloser Sympathie gegenüber. Es werden alle erdenklichen Garantien geboten, daß ein beratiger Vorgang, wie die einmalige Abgabe vom Vermögen, sich mindestens in 100 Jahren nicht wiederholt. Unmöglich ist es, sich bei der Vermögensabgabe auf die Vermögen von über 50 000 Mark zu beschränken. Ist man sich diesmal völlig klar bezüglich der Bewilligung der einmaligen Abgabe, so kann hinsichtlich der dauernden Ausgaben einstweilen nur von Plänen gesprochen werden, die näherer Prüfung harren.

Dresden, 7. März. Der „Sächsische Landesdienst“ meldet: Staatsminister Graf Ristum von Ostädt und Finanzminister von Seubert haben sich am 10. März, einer Einladung des Reichskanzlers folgend, nach Berlin, um im Reichsamt des Innern an der Besprechung über die Deckung der Wehrvorlage teilzunehmen.

Deutsches Reich.

Die Reform der Landesverwaltung.

Aufhebung der Generalkommissionen im Osten.

v. Berlin, 7. März. Wie die „Post“ hört, sind die Arbeiten der Immediatkommission, die sich mit der Reform der inneren Verwaltung beschäftigt, jetzt so weit fortgeschritten, daß der Entwurf des Gesetzes über die Aenderung des Landesverwaltungsgegesetzes in seinen Grundzügen festgestellt ist. Es ist daher zu erwarten, daß ein entsprechender Gesetzentwurf dem Landtage bei seiner nächsten Tagung vorgelegt werden wird. Die geplanten Aenderungsvorschläge greifen auch auf die Tätigkeit der Generalkommissionen über. Da die weitere Organisation der Geschäfte bei der Generalkommission Königsberg wesentlich davon abhängt, nach welcher Richtung hin die Reform des Landesverwaltungsgegesetzes sich erstreckt, so wird der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Generalkommissionen erst dann dem Landtage vorgelegt werden, wenn die Landesverwaltungsreform im Landtage durchberaten worden ist. In Aussicht genommen ist, allmählich im Osten der Monarchie die Generalkommissionen einzugehen zu lassen. Die Generalkommissionen im Westen dagegen sollen bestehen bleiben, da ihre Tätigkeit gegen früher in letzter Zeit nicht unerheblich zugenommen hat.

Der Lohnkampf im Malergewerbe.

Gesamtaussperrung für Deutschland beschlossen.

Straßburg (Eloß), 7. März. Die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberbund für das Malergewerbe und den Malergehilfen führte zu keiner Einigung. Nachdem der Hauptvorstand des Arbeitgeberbundes für das Malergewerbe die Schiedsprüche ablehnte, weil die Lohnforderungen zu hoch und eine wesentliche Verschlechterung des Existenzminimums eintrat, wurde gestern Abend mit der Aussperrung begonnen. Bisher haben die Ortsverbände Straßburg, Weg, Mülhausen, Gebweiler und Diederhofen ausgesperrt. Morgen Abend soll die Gesamtaussperrung für ganz Deutschland zu erwarten sein. In Straßburg werden 400 bis 500 Malerarbeiten von der Ausberrung betroffen.

Keine Schütte-Lanz-Schiffe für England.

v. Mannheim, 7. März. Die Firma Heinrich Lanz demontiert die Meldung der „Pal-Raff-Gazette“, daß die englische Firma Widaris & Sohn, die übrigens bereits die Patente für England besitzt, das Recht erworben habe, Luftschiffe nach Schütte-Lanz zu erbauen.

Zentrum und Polen. Kein Wahlbündnis.

v. Berlin, 7. März. Wie der „Tägl. Rundsch.“ aus Beuthen gemeldet wird, sind die Verhandlungen, die zwischen Polen und Zentrum bezüglich der kommenden Landtagswahlen gepflogen wurden, gescheitert. Das Zentrum beabsichtigt nunmehr, in allen ober-schlesischen Wahlkreisen mit den deutschen Parteien Hand in Hand zu gehen.

Keine technische Hochschule in Straßburg.

Straßburg, 7. März. Die Errichtung einer Technischen Hochschule war auf Antrag der verschiedenen Fraktionen im Landtag gefordert worden. Geeignete Vorschläge wurden darauf von der Regierung in einer Denkschrift unterbreitet, in der unter anderem eine Berechnung aufgestellt wird, nach welcher ein Betrag von 7,5 Millionen für einmalige und 500 000 Mark für laufende Ausgaben für die Ausführung des Projekts bereit gestellt werden müssen. Die Regierung hatte daher Bedenken und wies in der Budgetkommission der Zweiten Kammer darauf hin, daß die Kosten so groß und der Anschlag an die Unversität anßerdem nicht rasam und von den Sachleuten abgelehnt worden sei. Die Einwände der Regierung wurden anerkannt und von der weiteren Verfolgung wurde Abstand genommen.

Französische Luftschiffer auf deutschem Boden.

Trier, 7. März. Die Meldung französischer Blätter, die bei Trier gefandenen Luftschiffer Desrecher, Dubois und Letellier seien willkürlich behandelt, z. B. stundenlang gefangen gehalten und ihr Ballon beschädigt worden, ist unzutreffend. Es ist mit ihnen durchaus den Vorschriften entsprechend von allen Stellen verfahren worden. Sie sind in dem Augenblick entlassen, in dem sich die Unverjährbarkeit des von ihnen mitgeführten Materials ergab. Die Luftschiffer selbst überantworteten dem Ortsvorsteher von Dahlen den verpackten Ballon, der dann auf einem Wagen in einer Scheune unter ständiger Bewachung stand und den Besitzern persönlich wieder ausgehändigt ist.

Kleine politische Meldungen.

v. Posen, 7. März. Die Stadtverordneten stimmten dem abermaligen Vorschlag des Kriegsministeriums wegen des Baues und der Vermietung der auf dem Lawitauer Exerzierplatz zu errichtenden Fliegerkaserne zu. Das Bauprojekt ist bereits fertig gestellt worden, und der Bau der Kaserne soll so gefördert werden, daß die Kaserne noch vor dem Kaiserjubiläum bezogen werden kann.

Berlin, 7. März. Zu dem Untergang des Torpedobootes „S. 178“ jandten dem Kaiser noch Beileidstelegramme aus: der italienische König und der dänische König. Der Präsident von Frankreich sandte gleichfalls ein Telegramm.

Berlin, 7. März. Sämtliche in Berlin akkreditierten Staaten haben im Laufe dieser Tage teils durch Vertreter, teils durch die Marineattachés, dem Staatssekretär des Reichsmarineamts ihre Teilnahme an dem Untergang des Torpedobootes „S. 178“ auszusprechen lassen.

v. Berlin, 7. März. Wie man der „Liberale Korrespondenz“ mitteilt, hat die Vertrauensmännerversammlung der Nationalliberalen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg ihren Vorschlag, den Amtsgerichtsrat a. D. Dr. Liepmann, als Kandidaten für die im Sommer bevorstehende Wahl aufgestellt. Das zweite Mandat für den Wahlkreis ist bekanntlich nach dem abgeschlossenen Kompromiß von dem Fortschrittler zu besetzen.

Ausland.

Ein österreichisch-russisches Demobilisierungs-Abkommen?

v. Berlin, 7. März. Der Petersburger Korrespondent des „Lokalanzeigers“ kann auf das bestimmteste versichern, daß über die Abrüstung zwischen der österreichischen und russischen Regierung ein festes und dauerndes diplomatisches Einvernehmen zustande gekommen ist, das auch für die Zukunft alle die Grenzstrassen betreffenden Fragen regelt. Nur die Art und der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Abkommens ist aus verschiedenen un schwer zu verstehenden Gründen noch in der Schwebe geblieben.

Die Antwort der Balkanstaaten vor der Botschafterkonferenz.

v. London, 7. März. Troßdem über die heutige Sitzung der Botschafterkonferenz keine offizielle Mitteilung in die Presse gelangt ist, verlautet doch, daß eine längere Diskussion über die Antwort der Balkanstaaten auf den Vermittlungsvorschlag der Großmächte stattgefunden habe. Die eingelaufenen Antworten lauteten wenig befriedigend. Montenegro und Griechenland weigern sich direkt, die Vermittlung der Großmächte bedingungslos anzunehmen. Eine neue Besprechung der Botschafter ist erst für nächsten Mittwoch in Aussicht genommen.

London, 7. März. Der König empfing Salki Pascha, der von Staatssekretär Grey vorgestellt wurde, im Buckinghampalast. Wien, 7. März. Privatmeldungen aus Bukarest zufolge, akzeptierten die Großmächte den Standpunkt der rumänischen Regierung hinsichtlich der Durchführung der Mediation. — Prinz Ghika reist nach Reiersburg, wo sich die Botschafterreunion ausschließlich mit dem rumänisch-bulgarischen Konflikt befassen wird.

Zur Eroberung von Janina.

v. Berlin, 7. März. Die griechische Gesandtschaft in Berlin hat, wie das „N. Z.“ erfährt, noch folgende Meldungen über die Kapitulation Janinas erhalten: Wie der türkische Oberkommandierende Essad Pascha angab, besteht die kriegerische Garnison Janinas aus 33 000 Mann. In der Verwirrung bei der Heberade sind einige Abteilungen nach Serbien entflohen.